

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

des Garten- und Friedhofsamtes

der Landeshauptstadt Erfurt

für die Errichtung von öffentlichen Grünanlagen (ZTV-VOB)



Garten- und Friedhofsamt
Heinrichstraße 78, 99092 Erfurt

Inhaltverzeichnis

- 1 Allgemeines
- 2 Geltungsbereich
- 3 Technische Regelwerke
- 4 Ausführung
 - 4.1 Vegetationstechnische Arbeiten
 - 4.2 Baumfällungen
 - 4.3 Baumschulware
 - 4.4 Fertigstellungs- und Entwicklungspflege
 - 4.5 Anlagen, Grenz- und Vermessungszeichen im Baubereich
 - 4.6 Sondernutzung von Flächen
 - 4.7 Verkehrssicherung, Verkehrsregelung
 - 4.8 Sicherheit und Gesundheitsschutz
 - 4.9 Nachträge, Mengenmehrung
 - 4.10 Haftpflichtversicherung, Bauleistungsversicherung
- 5 Natur- und Umweltschutz
 - 5.1 Naturschutz
 - 5.2 Umweltschutz
- 6 Bestandseinmessung
 - 6.1 Bestandseinmessung für Neuanlagen von öffentlichen Grünanlagen, Spielplätzen, Baumpflanzungen, Wegen und Plätzen
 - 6.2 Bestandseinmessung für Grünflächenkataster
- 7 Abnahme von Vegetationstechnischen Arbeiten
- 8 Mängelansprüche

1. Allgemeines

Für alle nachfolgend aufgeführten Rechtsvorschriften, Festlegungen und Hinweise gilt die jeweils gültige Fassung 3 Monate vor der Eröffnung.

2. Geltungsbereich

Diese "Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen der Landeshauptstadt Erfurt" -Amt 67- sind Bestandteil der Vergabeunterlagen und werden vereinbart für die Herstellung von:

- öffentlichen Grünanlagen
- Wegen und Plätzen
- Spielplätzen
- Baumpflanzungen

Sie gelten sowohl für Leistungen, die in Auftraggeberschaft der Landeshauptstadt Erfurt oder deren Geschäftsbesorger erbracht werden als auch für solche, die im Rahmen von Erschließungsverträgen erbracht werden und nach Fertigstellung in das Eigentum der Landeshauptstadt Erfurt übergehen. Sofern im Leistungsverzeichnis nichts anderes festgelegt ist, sind die zur Erfüllung dieser Vertragsbedingungen entstehenden Kosten in die Einheitspreise des Angebotes einzurechnen.

3. Technische Regelwerke

Die Leistung ist entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu erbringen. Alle in den Verdingungsunterlagen genannten Technischen Regelwerke, einschl. der Rundverfügungen des Thüringer Landesamtes für Straßenbau sind Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen gemäß VOB/B.

4. Ausführung

4.1 Vegetationstechnische Arbeiten

Bei der Ausführung von Vegetationstechnischen Arbeiten im Tief- und Landschaftsbau gelten die DIN 18320 sowie die nachfolgend aufgeführten DIN 18915 bis 18920 und die in Erfurt gültige Baumschutzverordnung bzw. Baumschutzsatzung.

- DIN 18915 Vegetationstechnik, Bodenarbeiten
- DIN 18916 Vegetationstechnik, Pflanzen und Pflanzarbeiten
- DIN 18917 Vegetationstechnik, Rasen und Rasensaatarbeiten
- DIN 18918 Vegetationstechnik, Ingenieurbiologische Sicherungsbauweisen
- DIN 18919 Vegetationstechnik, Entwicklungs- und Unterhaltungspflege von Grünanlagen
- DIN 18920 Vegetationstechnik, Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei den Baumaßnahmen

Bei Baumpflanzungen mit Unterschreitung der Mindestabstände zu Kabeln bzw. Leitungen sind HDPE Kunststoffplatten mit wurzelfesten Verbindungsprofilen bzw. längsgeschlitzte Schutzrohre in Absprache mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen und dem Garten- und Friedhofsamt einzubauen.

4.2 Baumfällungen

Sind im Rahmen der Baumaßnahme Baumfällungen vorgesehen, so ist seitens des Auftragnehmers eine gesonderte Baumfällgenehmigung beim Garten- und Friedhofsamt bzw. beim Umwelt- und Naturschutzamt zu beantragen.

4.3 Baumschulware

Bei Lieferung der Pflanzware durch den AN hat diese den Gütebestimmungen der DIN 18916 sowie den Gütebestimmungen der FLL in der aktuellen Fassung zu entsprechen. Der AN muss eine leistungsfähige Markenbaumschule nachweisen, die das vom AG geforderte Sortiment führt. Sie muss als "Deutsche Markenbaumschule" anerkannt und Mitglied des Bundes Deutscher Baumschulen sein. Die ausgeschriebene Ware muss im eigenen Betrieb oder im Betrieb des Züchters am Standort zu besichtigen sein. Der Auftraggeber behält sich vor, zur Sicherung einer einheitlichen Qualität und Herkunft die Gehölze durch von ihm festgelegte Baumschulen auf seine Rechnung liefern zu lassen.

4.4 Fertigstellungs- und Entwicklungspflege

Die ausgeschriebenen Pflege- und Wässerungsgänge sind einzeln **vor Beginn** schriftlich bei der fachlich zuständigen Bauleitung anzuzeigen und nach der Durchführung bestätigen zu lassen.

4.5 Anlagen, Grenz- und Vermessungszeichen im Baubereich

Dem AN ist es untersagt, Bauteile bzw. Bedienungselemente vorhandener Anlagen aller Art weder vorübergehend noch dauernd unzugänglich zu machen und Hinweisschilder ohne Einverständnis des zuständigen Betreibers zu beseitigen.

Die vorhandenen amtlichen Grenzzeichen sind vor Beginn der Arbeiten in der Örtlichkeit festzustellen und durch den AN zu sichern. Eine durch unsachgemäße Arbeitsweise verursachte notwendige Wiederherstellung veranlasst der AG zu Lasten des AN.

Das gleiche gilt für Lage- und Höhenfestpunkte.

4.6 Sondernutzung von Flächen

Benötigt der AN zur Ausführung seiner Leistung - außer den im Rahmen der Grabegenehmigung bereitgestellten - weitere Flächen, so hat er einen Antrag auf Sondernutzungserlaubnis für Baustelleneinrichtungen bzw. -zufahrten oder für Materiallagerungen

- für den öffentlichen Verkehrsraum bei der Straßenverwaltung Erfurt, Steinplatz 1 im Tiefbau- und Verkehrsamt gemäß Sondernutzungssatzung der Stadt Erfurt

- für öffentliche Grünflächen - bei der Abt. Grünflächenverwaltung, Heinrichstraße 78 im Garten- und Friedhofsamt gemäß Grünanlagengebührensatzung der Landeshauptstadt Erfurt zu stellen.

4.7 Verkehrssicherung, Verkehrsregelung

Der AN hat alle Maßnahmen zur Sicherung und Regelung des Verkehrs innerhalb der Baustelle, die wegen der von ihm ausgeführten Arbeiten erforderlich sind, auch außerhalb der Arbeitszeit, durchzuführen. Dazu gehört auch eine Notmarkierung für die Zeitdauer zwischen der Entfernung und Wiederherstellung einer Markierung.

Der AN hat rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten dem AG einen Verkehrszeichenplan (§ 45 Abs.6 StVO) vorzulegen, sofern nichts anderes vereinbart ist. Verkehrsrechtliche Maßnahmen hat er nach Anordnung der zuständigen Behörden auszuführen.

Materiallagerungen aller Art sowie zwischengelagerter Aushub dürfen keine Zugänge, Einfahrten und Notelemente versperren bzw. behindern.

Durch den AN verursachte Verschmutzungen der Zufahrtsstraßen und -wege sind kostenlos und unverzüglich zu beseitigen. Dadurch entstandene Schäden gehen zu Lasten des AN.

4.8 Sicherheit und Gesundheitsschutz

Gemäß §4 Baustellenverordnung (BaustellV) besteht die Möglichkeit, dass der AG (Bauherr) seine in o.g. Verordnung genannten Pflichten an den AN überträgt und dieser sie in eigener Verantwortung zu erfüllen hat. Im Falle, dass dies gewollt ist, wird eine entsprechende Position im Leistungsverzeichnis ausgewiesen.

4.9 Nachträge, Mengenmehrung

Die Ausführung von Leistungen ohne Zusatz- bzw. Nachtragsauftrag ist dem AN generell untersagt. Beansprucht der AN wegen Änderung des Bauentwurfes oder anderer Anforderungen des AG eine erhöhte Vergütung, so hat er dies dem AG vor der Ausführung schriftlich anzuzeigen.

Die Anzeige muss beinhalten:

- Objektbezeichnung, Objekt-/Auftragsnummer
- Bezug auf die Position des Grundangebotes
- Mengenänderungen
- Mehrkosten, bezogen auf den Einheitspreis
- Nachfolgekosten, die u. U. anfallen können
- Versäumt der AN, Nachtragspreise mit dem AG vor der Ausführung zu vereinbaren, setzt der AG oder dessen Beauftragter die Preise nach billigem Ermessen fest.

4.10 Haftpflichtversicherung, Bauleistungsversicherung

Sowohl die im Baustellengelände befindlichen als auch die angrenzenden Anlagen sind gegen Beschädigungen durch den Baustellenbetrieb zu schützen. Der AN hat jede Beschädigung unverzüglich zu melden und den Anweisungen des AG zur Sicherung der Schadstelle unbedingt Folge zu leisten. Der AN übernimmt die volle Haftung für eintretende Personen- und Sachschäden. Er hat eine ausreichende Haftpflichtversicherung, getrennt nach Personen- und Sachschäden, abzuschließen und die Police dem AG zur Bauanlaufberatung vorzulegen.

5. Natur- und Umweltschutz

5.1 Naturschutz

Beim Einrichten, Unterhalten und Beräumen der Baustellen sowie bei den Bauarbeiten sind zum Schutz und zum Erhalt der Natur im besiedelten und unbesiedelten Bereich die Bestimmungen der §§ 1 und 2 des Vorläufigen Thüringer Naturschutzgesetzes (VorlThürNatG) einzuhalten. Die Bestimmungen der §§ 12 Abs.2 (Naturschutzgebiete), 13 Abs.2 (Landschaftsschutzgebiete), 16 Abs.3 (Naturdenkmale), 17 Abs.3 (Geschützte Landschaftsbestandteile), 18 Abs.3 u. 4 (besonders geschützte Biotop), 26 (Fortgeltung von Schutzbestimmungen), 28 Abs.1, 2, 3 u. 5 (Schutz wildlebender Pflanzen und Tiere) und 30 Abs.1, 2 u. 3 (Verbote von Beeinträchtigungen) des VorlThürNatG sind einzuhalten.

Für den Schutz und den Erhalt von Bäumen gelten im besiedelten Bereich (Innenbereich gemäß §34 BauGB) die Satzung der Landeshauptstadt Erfurt zum Schutz des Baumbestandes und im unbesiedelten Bereich (Außenbereich gemäß § 35 BauGB) die Bestimmungen nach § 6 ff des VorlThürNatG.

Die DIN 18920 -Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen- ist zu beachten. Traufflächen von Bäumen sind grundsätzlich nicht in Anspruch zu nehmen.

Eingriffe gemäß §6 Abs. 1 und 2 Nr.1 bis 19 VorlThürNatG dürfen nur bei Vorlage einer Eingriffsgenehmigung nach §7 Abs.1 VorlThürNatG der für das Bauvorhaben zuständigen Bündelungsbehörde bzw. bei unmittelbarer Zuständigkeit, der zuständigen Naturschutzbehörde ausgeführt werden.

5.2 Umweltschutz

Beim Einrichten, Unterhalten und Beräumen der Baustelle sowie bei den Bauarbeiten hat der AN dafür zu sorgen, dass keine schädlichen Umwelteinwirkungen auftreten, die nach dem anerkannten Stand der Technik vermeidbar sind, sowie unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Anzustreben ist ein lärmarmen Baustellenbetrieb. Bei Arbeitsgängen mit hoher Staubemission ist der Staub zu binden.

Die für die Arbeiten benötigten technischen Anlagen müssen EWG-Übereinstimmungsbescheinigungen der Hersteller aufweisen und mit dem garantierten Schalleistungspegel gemäß Baumaschinenlärmverordnung (15. BlmschV) versehen sein.

Die Herstellung, Beseitigung oder wesentliche Umgestaltung eines Gewässers bzw. seiner Ufer bedarf der vorherigen Durchführung eines Verfahrens gemäß § 31 Wasserhaushaltsgesetz (WHG).

Für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen besteht Anzeigepflicht gegenüber der zuständigen Wasserbehörde gemäß § 54 Abs.1 Thüringer Wassergesetz (ThürWG) i.V.m. mit der Thüringer Anlagenverordnung (ThürVAWS). Anzeigepflichtig sind nicht nur Anlagen im Dauerbetrieb, sondern auch zeitweilig betriebene Anlagen.

Für die Einleitung von baustellenbedingt anfallendem Wasser in oberirdische Gewässer bzw. in das Grundwasser sowie für die Entnahme von Grundwasser im Rahmen der Wasserhaltung ist eine Erlaubnis der zuständigen Wasserbehörde einzuholen.

Der Umgang mit gelöstem Boden und Fels (Aushub und Abtrag), Straßenaufbruch und Bauschutt ist wie folgt geregelt:

a) Nicht kontaminiertes Material ist gemäß § 5 Abs.2 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) i.V.m. § 13 Abfallwirtschaftssatzung (AbfWS) zu verwerten.

b) Ist in den Ausschreibungsunterlagen kontaminiertes Material ausgewiesen, wird gemäß den im Leistungsverzeichnis enthaltenen Vorbemerkungen und den Leistungspositionen sowie den ggf. zum Baubeginn vorliegenden konkreten Entsorgungswegen verfahren.

c) Bei einem unvorhergesehenen Antreffen von kontaminiertem Material ist unverzüglich der Auftraggeber zu informieren, um gemeinsam mit ihm die weiteren Schritte festzulegen.

Öl, welches aus Maschinen und Geräten abgelassen wird, ist in Behältern aufzufangen, auf dem Sammelplatz Zwischenzulagern und ordnungsgemäß zu entsorgen.

6. Bestandseinmessung

Die Bestandseinmessung / Nutzungsdokumentation ist beim Verlangen des AN zur Abnahme dem AG vorzulegen. Dies macht sich erforderlich um eine ordentliche Betreibung der hergestellten Anlagen zu gewährleisten. Sollten diese Unterlagen nicht zum genannten Termin beim AG vorliegen, kann dem Verlangen auf Abnahme daher nicht entsprochen werden.

6.1 Bestandseinmessung für Neuanlagen von öffentlichen Grünanlagen, Spielplätzen,

Baumpflanzungen, Wegen und Plätzen

Die Bestandseinmessung bildet die Grundlage für die Aktualisierung und Fortführung der Stadtgrundkarte der Stadtverwaltung Erfurt und für Grundstücksverkehrsvorgänge, die ggf. mit der Baumaßnahme im Zusammenhang stehen.

Die technische Messung ist an das amtliche Lage-, Höhen- und Schwerebezugssystem (ETRS89/UTM 32) anzuschließen. Das amtliche Höhenbezugssystem in Thüringen ist das DHHN92 mit Höhenangaben in Meter über NHN. Die Pläne sind generell mit Koordinaten zu zeichnen, damit sie später georeferenziert werden können. Die Mindestanforderungen an CAD-Zeichnungen für GIS Import sind zu erfüllen.

Im Übrigen gilt die Einmessungsvorschrift der Stadt Erfurt.

Die Koordinaten und Höhen sind ohne Kürzungswerte zu übergeben.

Die Bestandsunterlagen sind wie folgt abzugeben:

- in 2-facher Ausfertigung analog als Lageplan im Maßstab 1:500 (bzw. 1:250 zur eindeutigen Darstellung) mit allen neu gebauten Anlagen (Plot)
- alle Zeichnungsdateien im ESRI-Shape-Format
- und im CAD - dwg/dxf-Format bzw. wenn möglich als Vectorworks (vwx)-Datei

Abgabe auf Datenträger oder per E-Mail, nach Herstellung der Flächen gemäß bestätigtem Projekt spätestens zum Zeitpunkt der Abnahme der Bauleistung. Hinweise siehe unter: www.erfurt.de/mam/ef/leben/arbeit_und_beruf/ausschreibungen/vorschriften/ztv-vob-tva-sve.pdf, sowie www.erfurt.de/mam/ef/leben/arbeit_und_beruf/ausschreibungen/vorschriften/ztv-vob-hinweise_cad_gis.pdf

6.2. Einmessung für Grünflächenkataster

Um die Unterlagen in das Grünflächenkataster und ins Grünflächeninformationssystem (GRIS) übernehmen zu können, sind die Flächen nach den jeweiligen Nutzungsarten differenziert aufzunehmen und mit Flächengrößen zu versehen (Bäume mit Baumart)

Folgende Flächen bzw. Elemente müssen für das Grünflächenkataster erfasst werden (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

Flächen mit Größenangaben in m² (geschlossene Polygone):

Rasen, Gehölze, Stauden, Rosen, Wechselbepflanzung, Hecken, wassergebundene Flächen/Kiesflächen, Platten-, Pflaster-, Beton-, Bitumenflächen, Spielsandflächen, Fallschutzflächen (Rindenmulch, Hackschnitzel, EPDM-Flächen, Fallschutzkies, Fallschutzsand), Spielanlagen, Bolzplätze, Rollsportanlagen, Spielgerät Mauern, Treppen, Rasengittersteine, Baumschutzgitter/Wurzelbrücken, Brunnenanlagen/Wasserflächen, Pavillon

Linien mit Längenangaben in m:

Zäune und andere Abgrenzungen
Hochbord/Tiefbord/Rasensbord/Granitbord
Pergolen, Rankgerüste

Punkte:

Bäume, Pflanzkübel
Bänke/Sitzelemente, Fahrradständer, Abfallbehälter
Denkmäler, Skulpturen, Plastiken
Pumpenplatz (Schwengelpumpe) /Brunnen

7. Abnahme von Vegetationstechnischen Arbeiten

Der Auftragnehmer zeigt beim Auftraggeber den Abschluss der Pflanz- und Saatarbeiten an, so dass die projektgemäße Ausführung festgestellt und protokolliert werden kann.
Die Abnahme erfolgt nach der Fertigstellungspflege. Die Zeit der Fertigstellungspflege umfasst eine Vegetationsperiode.

8. Mängelansprüche

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche bei Pflanz- und Saatarbeiten endet nach einer erfolgreichen 2jährigen Entwicklungspflege. Dazu wird im Frühjahr eine gemeinsame Austriebskontrolle bei Gehölz- und Staudenpflanzungen durchgeführt.

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche der erbrachten Bauleistungen wird auf **5 Jahre** festgelegt. Abweichend davon werden für einige Teilleistungen die Verjährungsfristen wie folgt vereinbart:

- Tragschichten	gemäß ZTVT-StB
- Höhenmäßige Anpassung von Einbauten	3 Jahre
- Sandgeschlämmte Schotterdecken nach DIN 18315	2 Jahre
- Maschendrahtzäune	2 Jahre

Die Verjährungsfristen können unbeschadet einer eventuellen Minderung der Vergütung durch Vereinbarung verlängert werden, wenn Mängel auftreten, die auf vertragswidrige Leistungen zurückzuführen sind und deren Auswirkungen zunächst nicht übersehen werden können.